

Corona: Status und Ausblick

Denk-Anstöße: Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches

von DIETRICH W. THIELENHAUS 2. November 2020

Die über den Sommer entstandene Hoffnung, dass die Corona-Krise in wenigen Monaten überwunden sein würde, hat sich nicht erfüllt. Die zweite Welle der Pandemie ist im Vormarsch und wird durch diverse Strukturkrisen verschärft.



Die Corona-Pandemie ist nicht besiegt und ein zweiter Lockdown droht.

Die im Spätsommer entstandene relative Gelassenheit im Umgang mit der Pandemie ist einer neuen Phase hoher Anspannung gewichen. Im politischen Raum dominiert wieder zunehmender Aktionismus. Die zweite Welle hat Europa vielerorts erfasst. Unter den 450 Mio. EU-Bürgern finden sich bereits mehr Corona-Infizierte als unter den 330 Mio. US-Bürgern. Der im Mai eingetretene Prozess der wirtschaftlichen Erholung hatte sich – schon vor der erneuten medizinischen Zuspitzung – deutlich verlangsamt.

Dem trägt das [Herbstgutachten](#) der führenden Wirtschaftsforschungs-institute Rechnung. Sie erwarten nun für 2020 in Deutschland einen BIP-Rückgang um 5,4 Prozent und für 2021 ein Wachstum um 4,7 Prozent. Im übernächsten Jahr soll die Wirtschaftsleistung um 2,7 Prozent zulegen. Erst Ende 2022 werde die Wirtschaft wieder normal ausgelastet sein. Diese

Prognosen sind derzeit mit vielen Fragezeichen versehen. Sie unterliegen nicht zuletzt dem Prinzip Hoffnung.

Erholungsphase der Wirtschaft steht in Frage

Noch sieht die Bundesregierung die Weltwirtschaft weiterhin auf Erholungspfad, obwohl die [Welthandelsorganisation \(WTO\)](#) inzwischen für 2020 von einem Einbruch des Welthandels um 9,2 Prozent ausgeht. Abzuwarten ist, ob sich die für August in Deutschland gemeldeten Belegungssignale fortsetzen. In diesem Monat stiegen die Export-Aufträge erneut kräftig um 6,5 Prozent und lagen damit sogar über dem Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen wuchsen saisonbereinigt um 2,2 Prozent, während sich die Einfuhren – deutlich stärker – um 4,2 Prozent erhöhten. Die Industrieproduktion erreichte 88 Prozent des Vorkrisen-Volumens im Februar 2020. Einer KPMG-Umfrage unter 601 Top-Entscheidern deutscher Unternehmen zufolge sehen sich 60 Prozent der Befragten mittelfristig gut aufgestellt. Das Stimmungsbild ist allerdings abhängig von der Branchenzugehörigkeit. Während bei Banken und Versicherungen, der Energiewirtschaft und der Konsumgüterindustrie Zuversicht überwiegt, gibt es im Handel und insbesondere in der Automobilindustrie eher düstere Erwartungshaltungen. Bei der Verbesserung der Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen setzen die Entscheider vor allem auf flexible Arbeitszeitmodelle, Personalanpassungen und Wissensbündelungen sowie auf die Digitalisierung ihrer Vertriebswege und ihrer Kundenkommunikation.

Lockdown 2.0?

Die Gefahr eines zweiten flächendeckenden Lockdowns schwebte Ende Oktober wie ein Damokles-Schwert über dem globalen Geschehen. In Politik und Wirtschaft herrscht Einigkeit, dass dieser Worst Case mit buchstäblich allen Mitteln verhindert werden soll. Für diese historisch einzigartige Gemengelage sind keine Drehbücher oder Blaupausen verfügbar. Der [ifo-Konjunkturchef](#) räumt ein: „Wir stochern mehr oder weniger im Nebel.“ Gängige Konjunkturtheorien seien in der Corona-Krise nur bedingt anwendbar. Prof. Wollmershäuser weiter: „Ein zweiter Lockdown wie im Frühjahr würde die derzeitige Erholung abrupt beenden, die deutsche Wirtschaft nochmals in eine tiefe Rezession stürzen.“ Die daraus resultierende Pleitewelle würde viel mehr Unternehmen erfassen und die Arbeitslosigkeit dauerhaft steigern. Es sei zweifelhaft, Firmen über eine derart lange Zeit am Leben zu halten. Auch der [BDI](#) warnt davor, das öffentliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland erneut herunterzufahren. Die Unternehmen brauchten Planungssicherheit durch den Ausschluss eines zweiten Lockdowns. Es komme jetzt darauf an, „die Resilienz der Wirtschaft mit gezielten Maßnahmen zu stärken und gleichzeitig den weiteren Umgang mit der Pandemie planvoll zu gestalten.“ Für den ifo-Präsidenten [Clemens Fuest](#) hat dagegen die Eindämmung der Pandemie erste Priorität. Letztlich seien nicht die politischen Maßnahmen entscheidend für die wirtschaftlichen Schäden, sondern die Infektionen.

Schuldenunion: Ziel oder Alptraum

Ohne die Nichtbeistands-Klausel (No-Bailout) hätte der Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1993 nicht die Zustimmung Deutschlands gefunden. Die damalige Bundesregierung sah darin eine unverzichtbare Bedingung. Art.125 AEU-Vertrag schließt ausdrücklich eine Haftung der Europäischen Union sowie aller Mitgliedstaaten für einzelne Länder aus. Seitdem hat es zahllose Versuche der Schuldenländer gegeben, diesen Haftungsausschluss aufzuweichen und zu entschärfen.

Die bisherigen Bundesregierungen haben sich zwar in Einzelfällen wie der Griechenland-Krise 2009/2010 fragwürdige Kompromisse abringen lassen, generell aber am Prinzip des Nichtbeistands festgehalten. Der jetzigen „großen“ Koalition scheint es vorbehalten zu sein, den Widerstand gegen eine Mutation der Währungsunion zur irreversiblen Haftungs- und Schuldenunion ganz unauffällig aufzugeben.

In der berechtigten Annahme, dass dieses Vorhaben nicht die Zustimmung der deutschen Bevölkerung findet, ziehen europäische Akteure alle Register, um mit machiavellistischen Tricks vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Spin-Doktoren sehen offenbar in der Pandemie, die bei den Wählern andere Großbaustellen als nachrangig erscheinen lässt, einen idealen Deckmantel zur Tarnung ihrer eigentlichen Intentionen. Über den Erfolg politischer Initiativen entscheidet bekanntlich nicht nur der richtige Zeitpunkt, sondern auch das gekonnte Spiel über Bande mit geeigneten Bundesgenossen.

Als Motor der Vergemeinschaftung agiert vor und hinter den Kulissen die [EZB-Präsidentin Lagarde](#), die vor allem mit dem französischen Finanzminister in verteilten Rollen kooperiert. So hat sie jüngst dessen Vorschlag, den 750 Mrd. Euro schweren „EU-Wiederaufbaufonds“ als „Konjunkturlilfe“ zur Dauereinrichtung zu machen, dankend aufgegriffen. Und sie plädiert erneut für ein gemeinsames Budget der Euro-Länder. [Olaf Scholz](#) sprach im Zusammenhang mit den Corona-Hilfsmaßnahmen von einem Fortschritt, der sich nicht mehr zurückdrehen lasse. Kein Zufall ist, dass die Defizit-Grenze von 3 Prozent und das Gesamtverschuldungs-limit von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung schon im März ausgesetzt worden sind. Der italienische Wirtschafts- und Währungskommissar der EU gehört zu den Wortführern, die Schuldenregeln vollständig abschaffen wollen. Als Sprengstoff für deutsche Steuerzahler erweisen sich diese Gedankenspiele vor dem Hintergrund der von den Südländern angestrebten Schuldenunion. Denn: Wenn die Schuldenländer von jeglicher Haushaltsdisziplin befreit werden, können sie ihre ohnehin exzessive Staatsverschuldung im Vertrauen auf nordeuropäische Finanzhilfen nach Belieben ausweiten. Auch deutsche Befürworter begründen ihre Zustimmung zu diesem Selbstbedienungssystem zulasten Dritter mit übergeordneten Werten europäischer Solidarität. Ob CDU und CSU letztlich unauffällig auf diese Linie einschwenken, wird sich zeigen. Noch wirft die CSU im EU-Parlament Lagarde vor, „der Schuldenunion das Wort zu reden“. Von der Bundeskanzlerin war in dieser Schicksalsfrage keine Positionierung zu erfahren. Sie hat den Bestrebungen ihres Finanzministers bisher allerdings auch nicht eindeutig widersprochen.



[Dietrich W. Thielenhaus](#)

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus, der vor seinem Studium Bankerfahrung gesammelt hat, kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Geldanlage

Weitere Infos aus der Bankenbranche unter

<https://www.der-bank-blog.de/corona-status-ausblick/trends/37670132/>